

WA1-neu Humusaufbau zur Co2 - Reduzierung

Gremium: Kreisverband Diepholz
Beschlussdatum: 17.03.2025
Tagesordnungspunkt: 9. Weitere Anträge

Antragstext

1 Humus ist überwiegend direkt oder indirekt durch abgestorbene Pflanzen im Boden
2 gespeicherter Kohlenstoff. Bei nicht-wassergesättigten Böden gilt: Je mehr
3 organische Masse auf den Flächen verbleibt oder aufgebracht wird und je weniger
4 der Boden durch Bearbeitung durchlüftet wird, desto höher der Kohlenstoffgehalt.
5 Nicht nur aus unseren Mooren, die bei Wassersättigung nicht durchlüftet werden
6 und deshalb in Jahrtausenden starke Humusschichten ausbilden konnten, haben wir
7 sehr viel Humus verloren und als CO₂ in die Luft freigesetzt: Durch
8 Grünlandumbruch, durch Maisanbau für Biogas oder durch das Auseinanderfallen von
9 Tierhaltung und Pflanzenproduktion.

10 Nicht nur aus Klimaschutzgründen bzw. zur Speicherung von CO₂ im Boden ist es
11 notwendig, den Humusanteil unsres Bodens auch außerhalb von Mooren wieder zu
12 erhöhen. Humose Böden speichern mehr Wasser, sind besser vor Erosion geschützt
13 und sind biologisch aktiver.

14 Die Humusanreicherung in Böden ist eine aktive Klimaschutzleistung der
15 Landwirtschaft und muss deshalb auch entsprechend honoriert werden. Deshalb
16 fordern wir:

17 1. Im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik auf europäischer Ebene:

- 18 • Grundsätzliche Anforderungen des Schutzes und Aufbaus von Humus im Oberboden,
19 wie eine mindestens 4-gliedrige Fruchtfolge, eine möglichst ganzjährige
20 Bodenbedeckung und das Verbot des Umbruchs von Dauergrünland als Bedingung ür
21 Direktzahlungen an die Landwirtschaft zu definieren.
- 22 • Einen deutlich höheren Anteil der Agrarfördermittel für Programme bereit zu
23 stellen, mit denen über die grundsätzlichen Anforderungen hinausgehende
24 Maßnahmen zum Humusaufbau honoriert werden können. Die konkrete Ausgestaltung
25 der Programme muss von den Regionen – in Deutschland von den Bundesländern
26 vorgenommen werden.

27 2. Vom Land, spätestens ab der kommenden Förderperiode der gemeinsamen
28 Agrarpolitik:

- 29 • Über bestehende Programme wie der Förderung des ökologischen Landbaus hinaus,
30 insbesondere für konventionell wirtschaftende Betriebe Förderprogramme zu
31 erarbeiten, die dem Aufbau von Humus dienen: Das können z.B. Agroforstsysteme
32 oder die Umwandlung von Acker- in Dauergrünland sein
- 33 • Zusätzlich über konkret definierte Maßnahmen hinaus Anreize zu setzen, die den
34 nachgewiesene Aufbau von Humus im Oberboden honorieren, ohne vorzugeben, wie
35 diesese genau zu geschehen hat.

Begründung

Der jüngste Bericht des Weltklimarates IPCC stellt klar: Wenn die Erderhitzung auf 1,5 Grad begrenzt werden soll, müssen in diesem Jahrhundert mehrere Hundert Gigatonnen des Treibhausgases CO₂ aus der Atmosphäre entfernt werden. Die Anreicherung von Kohlenstoff in Form von Humus gehört zu den wenigen Klimaschutzmaßnahmen, die nicht nur Emissionen vermeiden, sondern diese sogar rückgängig machen können (negative emissionstechnology).

So geht das Umweltprogramm der UN davon aus, dass durch Humus mehrende Bewirtschaftungsmethoden jedes Jahr bis zu 4.8 Gt CO₂e gespeichert werden können. Darüber hinaus erhöht Humusaufbau die Widerstandsfähigkeit der Landwirtschaft gegenüber den Folgen des Klimawandels. Sie wirkt sich positiv auf die Biodiversität im Boden, auf die Wasserspeicherkapazitäten und damit auf den Hochwasserschutz sowie auf die Ertragsstabilität aus.

Mit der vom Bundeslandwirtschaftsministerium in Auftrag gegebenen „Bodenzustandserhebung Landwirtschaft“ hat das Thünen-Institut im November 2018 erstmalig eine umfassende und repräsentative Inventur der organischen Kohlenstoffvorräte in den landwirtschaftlich genutzten Böden Deutschlands vorgelegt. Insgesamt sind hier über 2,6 Milliarden Tonnen Kohlenstoff gespeichert. Damit wird die große Bedeutung der Agrarböden für den Klimaschutz hervorgehoben.

Bei der genaueren Betrachtung zeigt die Bodenzustandserhebung jedoch auch eine bedenkliche Entwicklung: Trotz Cross-Compliance Bestimmungen (Erhaltung des Anteils der organischen Substanz im Boden, GLÖZ 6) und der Greening-Prämie im Rahmen der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik sowie durch verschiedene GAK bzw. ELER-Maßnahmen gefördert zeigen die Monitoring-Ergebnisse, dass es in den letzten zwei Dekaden in Deutschland zu keiner Steigerung des Humusanteils in landwirtschaftlich genutzten Böden gekommen ist. Ganz im Gegenteil wurde auf den Ackerflächen sogar ein Humusabbau